

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Dr. Arnold, Dresden.

Verlagspreis einschließlich Postgebühren monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Abrechnung des Druckers monatlich 8,50 M., Einzelnummer 20 Pf.

Schriftleitung: Dresdener Platz 10, Tel. 25261. Sprechtunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10, Tel. 25261. Redaktion zeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die 500er Zeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 500er Zeile 0,50 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verbilligung nur bei Abnahme von mehrwöchentlichen Inseraten. Für Kleinanzeigen 40 Pf.

Nr. 113

Dresden, Mittwoch den 18. Mai 1921

32. Jahrg.

Ein merkwürdiger Sozialdemokrat

Zeit geraumer Zeit werden in der gegnerischen Presse viele und viele von uns angeblich sozialistische Neuperfahrungen gegen die Sozialdemokratie ausgeschrieben, die fast regelmäßig von Dr. Paul Leusch kommen. Dieser ehemalige Leipziger Arbeiterführer hat sich im Laufe des Krieges und der darauf folgenden Jahre zum rechtsgerichteten Enkel verurteilt. Er ist bekanntlich drauf und dran, wegen der Kreditbewilligung an die Front die Partei zu spalten, hat jedoch merkwürdigerweise sich nicht auf den Boden der Arbeit der Partei, sondern sich eben so unaufrichtig nach rechts, wie er früher links extrem bewegt hatte — und ist heute Hauptredakteur von „Stimme“ deutscher Allgemeinen Zeitung. Seit seiner im letzten Jahre nächsten Seitenwende schwebt ein Ausschlußverfahren gegen ihn, und neuerdings hat eine sozialdemokratische Versammlung in Jena durch Annahme einer Entschließung den Parteivorstand aufgefordert, das Ausschlußverfahren gegen Leusch wegen seiner Tätigkeit im Parteivorstand zu beschleunigen.

Der Vorwurf der Entschließung liegt uns nicht vor, aber in der übermittelten Form trifft sie unser Gradmaß. Wenn Leusch nur die Mitarbeit an der „S. Z.“ anmerken würde, so würde es nur ihn betreffen, als es nicht. Denn dagegen, daß Sozialdemokraten ihre Anschauungen geäußert und in der bürgerlichen Presse darlegen, ist vom Parteivorstand der Partei nicht nur nicht einzufordern, es ist im Gegenteil sogar wünschenswert! Die Parteipresse kommt an gewisse Schichten der Bevölkerung, die für uns besonders wichtig sind, zum Ausdruck, um einmal nicht davon. Wo uns also gelegentlich in einem bürgerlichen Blatt die „Stimme“ geäußert, ist sozialistische Anschauungen zu vertreten, haben Sozialdemokraten von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen, sofern das betreffende Blatt uns nicht in einer besonders schädlichen und gefährlichen Weise bekämpft. Etwas anderes ist es, wenn etwa Sozialdemokraten in der gegnerischen Presse Kritik an ihrer Partei üben. Dazu ist die Parteipresse da! Die Kritik in gegnerischen Blättern zu üben, ist der Kampf der bürgerlichen Presse gegen die Sozialdemokratie durch Sozialdemokraten zu unterstützen und damit wirksam zu machen. Das widerspricht mit Recht dem höchsten Gebot der Arbeiterschaft, und darum der Gradmaß unter Leusch gegen Leusch. Er hat sich in den Zeilen der bürgerlichen Presse in einer Weise geäußert, die seine Unterwerfung der Sozialdemokratie und das Gegenüber von sozialistischer Arbeiterschaft war.

Wir glauben, daß der Fall Leusch schon durch den Hinweis auf den 1. J. S. in der „S. Z.“ vom 13. Mai verjagt. Er betrachtet da in einem Artikel die Konfessionen, die sich mit dem Eintritt der Sozialdemokratie in die Reichsregierung durch ihre Unterwerfung des Minimums angeheißt werden. Leusch hält zwar unser Verlangen an der Regierung für richtig, wendet sich dann jedoch wieder deutlich gegen die Idee, was künftig nach Sozialismus kommen könnte. Die Frage, wodurch Deutschland in den Stand gesetzt werden könnte, die Unterwerfung zu erfüllen, beantwortet er folgendermaßen:

Man, durch nichts anderes, als durch einen internationalen Kampf Russen des — Sozialismus — Korrespondenz und internationalen, Wirtschaftlichen und Landwirtschaftlichen, Tugde, die in jeder Hinsicht dem Deutschen Wirtschaftlichen sich zu nähern begangen haben, werden nun in Zukunft das Wort zu führen. Und also werden wir in Zukunft von internationaler über sozialistischen Kampf, sondern sozialistisch selbst unter dem einen Gesichtspunkt: Förderung der Produktion, und zwar nicht nur der geistlichen Förderung der Produktion, sondern auch in der in den Wirtschaftlichen der Produktion zu sehen. Wir sind aber im Falle der Unterwerfung und die deutsche Arbeiterschaft am liebsten haben fallen werden, was aus der vielgerühmten deutschen Wirtschaftsförderung werden wird, das kommt erst in zweiter Linie in Betracht.

Nu andere Worten: haben wir in der Vergangenheit Sozialismus gehabt, so werden wir in Zukunft Sozialismus haben. Und die neue wirtschaftliche Frage nach Unterwerfung ist Sozialdemokratie muß haben. Und die Sozialdemokratie muß die Wirtschaftspolitik treiben, und so die Unterwerfung des Volkes des 19. Mai 1921.

Es lohnt sich kaum, mit jemand zu diskutieren, der sich dieser weit von sozialistischen Grundanschauungen entfernt hat. Als ob die Sozialdemokratie damit ausdient, die Partei hat. Als ob die Sozialdemokratie die Nationalisierung der Produktion begünstigen muß! Es kommt nur darauf an, was man unter hochkapitalistischen Methoden verstehen will. Der Weg zur Sozialisierung geht über die Zusammenfassung der Produktionskräfte zu immer höherer Einheit. Sollte die Sozialdemokratie deshalb aufhören, die Interessen der arbeitenden Klassen gegen die der herrschenden Schichten zu vertreten, so hätte sie ihre Existenzberechtigung verloren. Gerade wenn wir den Ententeforderungen gerecht werden wollen, müssen wir den Kampf treiben, gegen die sich der größte Teil der Arbeiterklasse treiben, mit allen Mitteln wehren wird. Wir müssen endlich zur Sozialisierung des Lebens und der Arbeit kommen, und das ist ein großer Teil unserer Parteipolitik seit langer Zeit. Die Volksgemeinschaft muß mit diesen Hauptforderungen in der Hand darauf drücken, daß die Volkswirtschaft

Korfantys Rückzug

mit Lappeln, 17. Mai. Der polnische Exekutivrat, an dessen Spitze Korfantys steht, hat an die Internationalen Kommunisten in Lappeln ein Telegramm folgenden Inhalts gerichtet: Der Rat hat sich 12 Tage lang im Aufstand befunden. Das polnische Volk hat niemals den Aufbruch erhalten, durch Gewalt zu triumphieren, aber es hat sein Leben für seine heiligen Rechte hingeworfen. Der Aufstand gibt zu, daß in der Präsidentschaft des Aufstandes die Grenzen der Abgrenzung überschritten werden sind, aber unsere bewährten Streitkräfte sind nunmehr bereit, einen Rückzug anzutreten, um zu sichern, daß die Reichsregierung mit den Deutschen nicht ausbreiten, voranzutreten, daß das Gebiet, das sie räumen, von den alliierten Truppen und nicht von deutschen Truppen besetzt wird. Wir werden keinen Fuß Boden an die Deutschen überlassen, aber wir werden uns der Internationalen Kommission unterwerfen. Wir bitten demnach, daß die gesamte Sache von den Alliierten beilegt wird, so daß die polnische Bevölkerung nicht unter Verurteilungsmahregeln zu leiden hat, wie sie bereits vorgekommen sind.

Verpflegungsschwierigkeiten und Geldmangel
Kattowice, 17. Mai. Nach Angaben aus Kattowice zufolge nehmen die Verpflegungsschwierigkeiten bei den polnischen Insurgenten großen Umfang an. Insbesondere ist der Mangel an Zahlungsmitteln im Westen. Die Kattowitzer polnischen Bevölkerung berichtet die Schwierigkeiten damit, daß sie die Kampflinien als verführerische Schichten beschreiben können. Korfantys hat durch seine Führer Maßnahmen getroffen, in denen die Kampflinien der Insurgenten erweitert werden. Schließlich werden die wirtschaftlichen Vorteile dieser Schichten nicht gesehen. Die Insurgenten werden also nur im Geld kommen. Eine immer größere Anzahl von ihnen stellt das ein, was es ebenfalls erklärlich, daß sich die Zahl der Desertionen mehren. Die Leute suchen einfach ihr Gewerbe an den nächsten Mann und verlassen ihren Posten.

Serain, 17. Mai. Die die „S. Z.“, welche hat Korfantys ausländischen Journalisten gegenüber geäußert, daß er an großem Geldmangel leide, hat die Reihen seines Heeres vermindert, da ein Teil seiner Gefolgschaft es vorgezieht, zur Arbeit zurückzukehren. Nicht ohne Grund auf Korfantys ist auch die Tatsache geblieben, daß mehrerlei deutsche Industrielle, die er durch Verleumdungen zu gewinnen suchte, ihm eine Absage erteilt haben. Die Kattowitzer Bewegung geht immer mehr in ein selbstständiges Volkswesen über. Aus Kattowitzer und Friedenshütte wird berichtet, daß die Frauen der dortigen wohnhaften Deutschen gezwungen wurden, die Straße zu reinigen und die Arbeit und Dienste für Korfantys zu leisten. Die Wohnungen der Kattowitzer, insbesondere in Serain, wurden von den Insurgenten geplündert.

Kattowice, 17. Mai. Korfantys befindet sich, wie hier einmündlich festgestellt wurde, in Serain. Das Quartier der polnischen Insurgenten ist ebenfalls in Serain. Der Ort liegt im dortigen evangelischen Pfarrhaus.

Sieben Deutsche ermordet
Nach einer Mitteilung des Sozialistischen Komitees in Bielefeld, nachdem die Stadt von den Insurgenten verlassen worden war, sieben Deutsche, die sich an der Verteidigung des Ortes an der Seite der Insurgenten beteiligt hatten, aus dem Leben geholt und sofort erschossen.

Die Maßnahmen des Verbandes
London, 17. Mai. Reuters Bureau berichtet: Die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Aufstand in Deutschland gegen Deutschland, eine Haltung, die sich auf den Vertrag von Versailles stützt, wird durch den Vertrag von Versailles bestätigt.

planmäßiger durchorganisiert wird. Um weitere Finanzquellen zu erschließen, werden wir zur Einziehung der hohen Dividendensteuern schreiten müssen; ebenso ist die Verbilligung des Staates an einer Reihe von Erbschaften ins Auge zu fassen. Wenn die Nation den ausländischen Ausbeutern zahlen muß, so haben wir darauf zu achten, daß die einheimischen Ausbeuter zu den Leistungen am liebsten herangezogen werden. Kurz, die Sozialdemokratie hat gerade heute den Kampf stärker denn je gegen die Ausbeuter der kapitalistischen Weltordnung zu führen.

Da uns die Wünsche der vertriebenen bürgerlichen Regierung in einem Zustand verhängnisvoller Verwirrung hineinstellen lieh, ist die Kommissar der Politik des 19. Mai für uns Partei eine gewisse, energielose, antisozialistische Politik, während es die Kommissar Paul Leusch sein sollte, endlich aus einer politischen Gemeinschaft auszutreten, um der ihr nicht mehr verbunden. Die sozialdemokratische Regierung der ersten Revolutionen hat ihm den Professorentitel verliehen — mag er bei Einbruch damit glücklich werden.

Der Hofgroßchen des Hohenzollernprinzen Eitel Friedrich vor der Strafkammer

Eigene Darstellung
Berlin, 18. Mai. Der 9. Strafkammer des Landgerichts I habe sich heute der Hofgroßchen des Hohenzollernprinzen Eitel Friedrich vor der Strafkammer durch das Landhaus, Berlin, 18. Mai, an dem Namen des Prinzen, der dem der Strafkammer gegen den Prinzen gestellt ist, an dem 18. Mai, auf die Seite des Verteidigers Dr. Hahnemann hat der Angeklagte sogar am Verteidiger, sich ein Wort nehmen. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Dr. Hahnemann.

Verpflichtungen auszuführen, sonst aber keinen Versuch haben, der Entscheidung des Obersten Rates durch Zwang eine Fairness zu erzwingen. Der britische Standpunkt gegenüber der Frage eines Teilung Übertritts ist vollständig unparteiisch. Die Haltung der deutschen Regierung wurde als völlig korrekt, darauf hat die polnische Regierung der Polen, die es unterstützen, die Stimme zu Beginn des Aufstandes zu schärfen, als durchaus unbedeutend angesehen.

Paris, 17. Mai. Die Temps berichtet, daß die französische Konferenz in der letzten Woche einstimmig beschlossen, daß die Frage der Einsetzung militärischer Vorhelfungen nach Oberösterreich unverzüglich geprüft werde.

Die Reichsregierung und Oberösterreich
Die die Wiener Zeitung, hat sich das Ergebnis der Verhandlungen in die oberösterreichische Angelegenheit wieder auf diplomatische Schritte bezieht, die in London, Wien und Rom unternommen worden sind und in denen die Alliierten erfuhr werden, mit ausserordentlichem Nachdruck für eine Wiederherstellung des vertriebenen Zustandes im Oberösterreich zu tun.

Die polnische Regierung rückt von Korfantys ab
Eigene Darstellung
Warschau, 17. Mai. Der polnische Ministerpräsident hat am 17. Mai über die Stellungnahme zur Sache Korfantys berichtet. Das Resultat dieser Verhandlungen wird eine Erklärung des Staatsministers über sein, der Brief in der Wochenzeitung veröffentlicht worden ist. Die Erklärung des Staatsministers lautet: Die polnische Regierung ist bereit, die polnische Regierung zu unterstützen, die sich nicht mit einer solchen Erklärung zufrieden wird, sondern einen höheren Grad von Unterstützung ausfinden will. Die polnische Regierung ist bereit, die polnische Regierung zu unterstützen, die sich nicht mit einer solchen Erklärung zufrieden wird, sondern einen höheren Grad von Unterstützung ausfinden will.

Der englische Streik und die Saarbergleute
Saarbrücken, 17. Mai. Bei den heute in der Bergwerksdirektion zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Bergarbeiter und Metallarbeiterverbände abgehaltenen Verhandlungen erklärten die Vertreter der Arbeiter, daß sie den Verband von Saarbrücken nach England nicht dulden könnten. Das Solidaritätsgefühl sei bei den Bergarbeitern sehr stark ausgeprägt, und sie zögen es vor, Katerstrolchen zu verfahren, anstatt Streikbrocken zu leisten. Die französische Direktion erklärte, daß ein direkter Verhandlung nach England nicht stattdessen, daß sie aber durch den Streik neue Abgabengebiete gewonnen hätte und daß die Bergarbeiter, falls diese Abgabengebiete nicht gewonnen werden würden, im Monat Mai nur 17 Schichten hätten verfahren können.

Berlin, 17. Mai. Die in der deutschen und ausländischen Presse häufig erwähnte deutsche Röhre, die jetzt zur Förderung der durch den englischen Streik verurteilten Kohlen nach England gelangt, ist Röhre, die Deutschland auf Grund des Zwischenspruchs an die Entente liefern muß und die von Frankreich und Belgien nach England verfrachtet wird, während die Röhre von deutschen Produzenten nach England nicht verfrachtet werden kann.

Die Verhandlungen der Entente mit der polnischen Regierung über die Einsetzung militärischer Vorhelfungen nach Oberösterreich sind im Fortschritt. Die polnische Regierung ist bereit, die polnische Regierung zu unterstützen, die sich nicht mit einer solchen Erklärung zufrieden wird, sondern einen höheren Grad von Unterstützung ausfinden will.

Der Vertrag von Versailles wird durch den Vertrag von Versailles bestätigt.

Der Vertrag von Versailles wird durch den Vertrag von Versailles bestätigt.